

Im Dezember 2015 muss die EU-Kommission entscheiden, ob sie die Handelsbeschränkungen gegen die Einfuhr chinesischer Solarzellen und -module verlängert und evtl. ausweitet oder aber auslaufen lässt. Auch auf chinesischer Seite könnten Entscheidungen zu Strafzöllen gegen die EU als Vergeltungsmaßnahmen anstehen. Dies könnte zu einer erneuten Belastung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und China führen.

Die folgenden Gründe sprechen dafür, die seit 2013 bestehenden Handelsbeschränkungen für Solarzellen und Module abzubauen:

- **SOLARSTROM KANN BEREITS HEUTE 10% GÜNSTIGER SEIN**

Die Solarmodulpreise in Europa konnten seit 2013 nicht mehr von der global fortschreitenden Kostensenkung profitieren. Verbraucher und andere PV-Investoren zahlen in Europa folglich höhere Preise als nötig.

Der Grund hierfür: Die Produktionskosten von Photovoltaikmodulen, die über die Hälfte der Kosten einer Solaranlage ausmachen, sinken mit jeder Verdoppelung der weltweiten Produktion im Schnitt um 21,5 %¹. Die Herstellungskosten von Solarmodulen in Asien sind seit 2013 um 15-20% gesunken, ohne dass europäische Investoren und Verbraucher davon profitieren konnten. Die hohen Importpreise in der EU blieben und bleiben durch die bestehenden Handelsbeschränkungen künstlich fix. Die weltweiten Herstellungskosten von Solarmodulen werden sich absehbar in den nächsten 5-7 Jahren nochmals halbieren. Ohne Verteuerung durch Handelsbeschränkungen wären Stromgestehungskosten der Solarenergie in Deutschland in Höhe von knapp 5 Cent/kWh bereits in wenigen Jahren realistisch.

Irrtümer und Fehlinformationen – Detaillierte Auseinandersetzung mit den Argumenten von SAFE EU und ihren Unterstützern durch EU ProSun

2015 wird lediglich das entsprechende Überprüfungsverfahren eröffnet, eine Entscheidung steht frühestens Ende 2016 an.

Dies ist ein Irrtum. Die Autoren übersehen, dass die Kostensenkungen der letzten Jahre lediglich dazu geführt haben, dass die Kosten sich den zuvor drastisch gesunkenen (Dumping-)Preise überhaupt erst wieder annähern konnten. Zwischen 2011 und 2013 sind die Preise für Solarmodule aufgrund des planwirtschaftlich geförderten chinesischen Überangebotes mehr als doppelt so stark gefallen wie ihre Herstellkosten. Seitdem wurden Solarmodule mit Verlust gehandelt, was außerhalb Chinas zu einem dramatischen Firmensterben geführt hat. Die Verluste in China wurden durch staatliche Förderprogramme und neue Staatsbankkredite kompensiert.

Lernkurveneffekte und erfolgreiche Aufwendungen in F&E (maßgeblich in Europa!) haben aber dazu geführt, dass auch in den letzten Jahren industrieweit eine jährliche Kostensenkung in Höhe von rund 10% erreicht werden konnte. Mit der Festlegung des Mindestpreises in der EU und der Einführung von Antidumpingzöllen in den USA einerseits und der industriellen Kostensenkung andererseits konnten sich Kosten und Preise wieder annähern. Zukünftig werden mit weiteren Kostensenkungen daher auch wieder Preissenkungen einher gehen. Aufgrund einer festgelegten Anpassungsregel gilt das auch für den EU-Mindestpreis. Sofortige Preissenkungen in Höhe von 20%, wie von den Autoren behauptet, sind aber fern jeder Realität und wären nur durch den Verkauf unter Herstellkosten möglich, also weiter massives Dumping.

- **SOLARINSTALLATIONEN BRINGEN REGIONALE WERTSCHÖPFUNG UND SICHERN ARBEITSPLÄTZE**

Solarinstallationen bringen zu über **75% regionale Wertschöpfung**, selbst wenn außereuropäische Module verwendet werden.

Der Grund hierfür: Durch die Breite der solaren Wertschöpfung von der Rohstoffproduktion und Anlagenbau über den Systemhandel bis hin zum Betrieb und der Solarstromvermarktung verbleiben mehr als 75%² der Wertschöpfung einer jeden europäischen Solarinstallation in Europa, selbst bei Verwendung außereuropäischer Module. Durch die Verteuerung chinesischer Module durch Handelsbeschränkungen wird kaum etwas gewonnen. Im Gegenteil: Aufgrund des Marktrückgangs sind von geschätzten 265.000 PV-Arbeitsplätzen in Europa im Jahre 2011 bereits 130.000³ verloren gegangen. Durch Erreichen des Zubauziels von 2,5 GW könnten allein im Bereich der PV-Installationen sofort rund 8.000-9.000 nachhaltige Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden.

- **MEHR SOLARENERGIE IST NOTWENDIG FÜR ENERGIEWENDE UND KLIMASCHUTZ**

Auch in 2015 liegt der PV-Zubau in Deutschland mit voraussichtlich 1-1,3 GW weit unter dem Zubauziel der Bundesregierung von 2,5 GW. Damit **gefährden die Handelsbarrieren den Erfolg der Energiewende** und verlangsamen den Umbau in Richtung CO₂-freier Stromerzeugung.

Studien des BMWi⁴ sowie des europäischen Solarindustrieverbands SolarPower Europe (vormals EPIA) kommen zu dem Schluss, dass Mindestimportpreise oder Zölle das Erreichen des Zubauziels der Bundesregierung von 2,5 GW jährlich verhindern. Die aktuellen Neuinstallationen lassen für Deutschland in 2015 einen jährlichen Zubau zwischen 1,0 und 1,3 GW erwarten. Die Einführung von Mindestpreisen hat in Kombination mit der notwendigen Reduktion der PV-Förderungen zu einem Einbruch des Zubaus geführt, was die Erfüllung der EU Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien gefährdet.

Die europäische Solarbranche besteht aus Entwicklung, Produktion, Anwendung und Dienstleistung. An der Solarindustrie hängen Entwicklung und Produktion. Verliert man diese, verliert man auch das Know-how und Tausende qualifizierte Arbeitsplätze. Das Argument der Autoren, Installation und Betrieb der Solaranlagen sichere doch genug Arbeitsplätze, entspricht der Behauptung, die deutsche Automobilindustrie sei in Deutschland verzichtbar, weil doch genug Arbeitsplätze bei Autohäusern, Werkstätten, Tankstellen und Fahrdiensten verblieben.

Der europäische Solarmarkt ist bereits zwischen 2011 bis 2013, also VOR der Einführung von Antidumpingzoll und Mindestpreis, eingebrochen. Ursache sind eindeutig und in der Branche völlig unstrittig die drastisch reduzierte politische Förderung und die Einführung von Belastungen für PV in zahlreichen Mitgliedsstaaten (D: Vergütungskürzung, Freiflächenbeschränkung, EEG-Umlage auf Eigenverbrauch). Auch die von SAFE erwähnte BMWi-Studie wird falsch zitiert. Vielmehr weist sie ausdrücklich darauf hin, dass eine wesentliche Ursache der Nichterreichung der Ausbauziele die Vergütungssenkungen des EEG waren, die sich zudem am früheren Preisverfall orientieren, wobei „die im Photovoltaik-Markt resultierenden Preise zunehmend weniger das Produktionskostenniveau widerspiegeln, sondern ein Resultat der hohen Überkapazitäten waren.“ (BMW: Marktanalyse Photovoltaik-Dachanlagen, 2015) und damit exakt diejenigen Dumpingpreise, die jetzt von SAFE wieder eingefordert werden. Das Preisniveau für Solarmodule in Deutschland ist heute niedriger als beispielsweise in den USA und Japan, den beiden Märkten, die Europa in den letzten Jahren überflügelt haben. Für den US-Markt wird weiterhin ein Marktwachstum von mehr als 30% pro Jahr vorausgesagt trotz erneut erhöhter Antidumpingzölle auf chinesische Solarprodukte. Statt nach freier Einfuhr von gedumpten Produkten zu rufen, wäre notwendig, wieder Vertrauen im Markt aufzubauen, um ein vergleichbares Investitionsklima wie in den USA zu schaffen. Es kann zudem hinterfragt werden, wie ernst die Autoren mit der Forderung genommen werden können, die Klimaziele erreichen zu wollen, wenn dabei ausschließlich Produkte aus chinesischer Produktion, ohne Umweltstandards und mit maximalem Kohlestromeinsatz, genutzt werden sollen.

FAZIT: Der Abbau von Handelsbarrieren gegen chinesische Solarprodukte macht die Solarenergie für die Verbraucher in Europa günstig. Er eröffnet europäischen Solarunternehmen neue Geschäftsperspektiven und sichert damit Arbeitsplätze. Ohne Handelsbarrieren werden die notwendigen Investitionen in die Energiewende wieder ermöglicht und das Erreichen der Klimaziele erleichtert.

Es ist offensichtlich, dass der Schaden durch Handelsbarrieren der EU gegen China zu viele Nachteile bringt. Zusätzlich drohen wie bereits 2013 Vergeltungsmaßnahmen für andere europäische Industriebereiche.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten deshalb die Handelsmaßnahmen gegen chinesische Solarmodule und -zellen nicht verlängern oder gar ausweiten, sondern wie geplant 2015 auslaufen lassen. Hierfür setzen sich die folgenden Unternehmen der Solarbranche auf allen Wertschöpfungsstufen – Industrie, Systemanbieter, Montagefirmen, Investoren, Energieversorger und Verbraucherverbände – gemeinsam ein:

